

# Wie unsere Abgeordneten abstimmen

Der Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ist umstritten: Viele Bürger fürchten, ihnen würde mit der Widerspruchslösung zu Organspenden eine Entscheidung abgenommen. Wie sehen das unsere Abgeordneten aus der Region?



➤ **Marcel Klinge (FDP)**, Schwarzwald-Baar-Kreis: „Der Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ist umstritten: Viele Bürger fürchten, ihnen würde mit der Widerspruchslösung zu Organspenden eine Entscheidung abgenommen.“



➤ **Thorsten Frei (CDU)**, Schwarzwald-Baar-Kreis: „Es ist richtig, dass wir nach Lösungen suchen, um die Zahl der Organspenden zu erhöhen. Nur

955 Organspender in 2018 sind in einem Land mit mehr als 80 Mio. Einwohnern und bei gleichzeitig etwa 950 000 Sterbefällen viel zu wenig. Das zeigt auch der internationale Vergleich. Eine automatische Spendenbereitschaft von Gesetzes wegen festzuschreiben, ist jedoch der falsche Weg. Vielmehr sollte es eine verpflichtende Abfrage der Organspendebereitschaft nach Erreichen der Volljährigkeit beispielsweise im Zuge behördlicher Dokumentenbeantragungen geben.“



➤ **Lothar Riepsamen (CDU)**, Bodenseekreis: „Ich spreche mich für regelmäßige wiederholte verbindliche Abfragen aus. Daher unter-

stütze ich den entsprechenden Antrag des ehemaligen Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe, der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der Grünen-Vorsitzenden Annalena Baerbock. Ich bevorzuge eine positive selbstbestimmte Haltung gegenüber einer unterstellten fiktiven Zustimmung.“



➤ **Agnieszka Brugger (Grüne)**, Ravensburg: „Viele Menschen sind generell bereit, Organe zu spenden, haben aber leider trotzdem keinen Organspendeausweis und keine Patientenverfügung. Wir brauchen deshalb eine neue

Regelung, damit mehr Leben gerettet werden können. Die Frage der Organspende muss aber eine bewusste und persönliche Entscheidung bleiben, die jeder Mensch selbst trifft. Deshalb wäre eine erzwungene Widerstandsregelung über die Köpfe der Betroffenen hinweg der falsche Weg. Ich unterstütze daher den Vorschlag, wonach jeder Bürger in regelmäßigen Abständen daran erinnert wird, ob er zu einer Organspende bereit ist oder nicht.“



➤ **Benjamin Strasser (FDP)**, Ravensburg: „Als Organspender bin ich davon überzeugt, dass es richtig ist, wenn man seine Or-

gane zur Verfügung stellt, um anderes Leben zu retten. Die Entscheidung dafür oder dagegen muss jedoch von jedem selbst getroffen werden. Eine fremdbestimmte Entscheidung durch den Staat halte ich mit der Würde des Menschen für nicht vereinbar.“



➤ **Armin Schuster (CDU)**, Lörrach-Müllheim: „Ich finde es richtig, dass wir eine so schwierige ethische Frage ohne Fraktionszwang breit disku-

tieren. Persönlich tendiere ich zum Entwurf von Bundesgesundheitsminister Spahn, um die geringe Zahl von Organspendern in Deutschland zu erhöhen. Spanien und die meisten anderen EU-Länder setzen schon erfolgreich auf die Widerspruchslösung. Mir ist besonders wichtig zu verhindern, dass jemand gegen seinen Willen Organspender wird. Mit der doppelten Widerspruchslösung sorgen wir für mehr Sicherheit. Danach können auch Angehörige widersprechen, wenn sie glaubhaft machen können, dass der Tote dies nicht gewollt hätte.“



➤ **Andreas Jung (CDU)**, Konstanz: „Ich bin für einen Weg der „verbindlichen Entscheidung“: Das dringliche Ziel der Erhöhung der Organspenden

wird hier dadurch verfolgt, dass jeder verbindlich gefragt wird und sich so mit der Frage aktiv beschäftigen und positionieren muss. Gleichzeitig müssen die Beratungsangebote ausgebaut und die Abläufe verbessert werden.“



➤ **Felix Schreiner (CDU)**, Waldshut: „Die Frage einer möglichen Organspende ist eine zutiefst persönliche Entscheidung. Ich selbst habe einen Organspendeausweis und habe mich damals sehr bewusst dafür entschieden. Ich

bin gegen eine Widerspruchslösung und unterstütze den Weg, dass jeder verbindlich gefragt wird und eine Entscheidung zu treffen hat. Für mich ist klar: Es braucht deutlich mehr Organspenden, weshalb wir bessere Information, Aufklärung und eine aktive Debatte darüber führen müssen. Deshalb ziehe ich den Vorschlag der Kollegen Stephan Pilsinger und Karin Maag vor und werde diesen unterstützen.“



➤ **Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD)**, Waldshut: „Ich persönlich tue mich schwer mit der Widerspruchslösung- und auch mit der doppelten, weil ich darin

einen starken Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen sehe. Jede Organspende ist eine freiwillige Entscheidung. Schweigen kann nicht automatisch als Zustimmung gewertet werden. Und außerdem haben bei der doppelten Widerspruchslösung Angehörige keine Vetorecht.“